

FALK F. BORS DORF

## **Gestalterin oder Zuschauerin? Zu Partizipationschancen von Nunavuts Bevölkerung im Politikfeld Ressourcenpolitik**

---

### **Résumé**

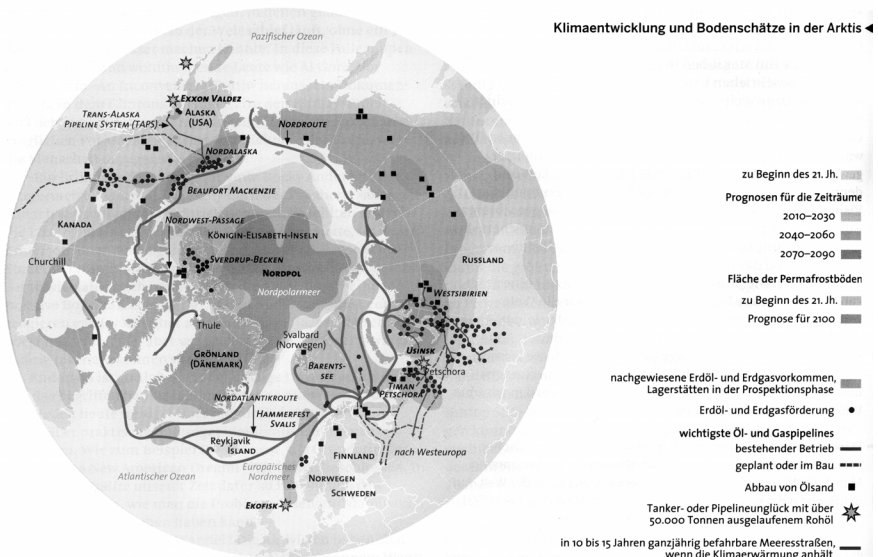
*Cet article sonde les possibilités pour la population du Nunavut à participer dans le processus de décision en la politique des ressources. Donc à cette petite analyse la théorie de la démocratie délibérative fait pratique. La question centrale c'est : Existe une situation avec des chances à participer égale dans le Nunavut ? Les institutions centrales en ce domaine sont les Co-Management Boards qui sont composé de représentants de trois plaines : La fédération Canadienne, l'autorité territoriale et la société civile de Nunavut. Comme cet article démontre, une première vue a la réalité dit que, à un certain degré, les institutions du Co-Management sont délibératives. Quand même il y a des problèmes avec domaines comme les rôles traditionnels de l'homme et de la femme, ou le fait que ceux institutions sont composé dans seulement une ligne de conflit : la des différences culturelles.*

### **Abstract**

*This article focuses on the extent to which Nunavut's local population can participate in federal decision-making in the field of natural resource management. In doing so, however, it applies the theory of deliberative democracy. The central question is: Can we identify equal chances of participating in the decision-making process in this realm? The institutions set up to fit this purpose are the so-called Co-Management Boards which consist of federal, territorial and civil society representatives. As a first glance at the situation in Nunavut suggests, these Co-Management Boards are deliberative in a number of respects. For instance, they allow for civil society participation in an institutionalised framework. Nevertheless, these bodies still enshrine difficulties such as the manifestation of patriarchal gender-roles, or an exclusively culture-based approach regarding their composition.*

---

Als eine russische U-Boot-Mission am 2. August 2007 die russische Flagge aus unverwüsthlichem Titan direkt auf den Nordpol setzte, rückte die Arktis als Weltregion auch bei uns deutlicher ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit (vgl. *The Economist* vom 3. August 2007; oder: *Die Presse* vom 28. September 2007). Die richtige Deutung der Gründe für diese Ereignisse war einfach: Es ging um nationale Interessen an den Rohstoffen der Region. Getrieben vom raschen wirtschaftlichen Aufschwung in China und Indien und dem damit verbundenen Rohstoffhunger der Weltwirtschaft erzielen nicht-erneuerbare Ressourcen wie Kupfer und Gold immer höhere Preise auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig erleichtern die Begleiterscheinungen des Klimawandels den Zugang zu den Rohstofflagerstätten der subarktischen und arktischen Region und machen somit deren Ausbeutung zu einer immer interessanteren Idee (vgl. GfbV 2006; Rahmstorf/Schellnhuber 2007). Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass die Bedeutung des Politikfelds „Ressourcenpolitik“ in den Anrainerstaaten über die letzten Jahre hinweg kontinuierlich zugenommen hat.



**Abb. 1:** Klimaentwicklung und Bodenschätze der Arktis  
Quelle: Le Monde Diplomatique (2006)

Für die lokale Bevölkerung in der Region, besonders für die Inuit, haben diese Entwicklungen eine Reihe von (vermeintlichen) Folgen, die Kopp (2007) in *Le Monde Diplomatique* so auf den Punkt brachte: „Die indigenen Völker in Russland, Kanada, den USA und Grönland spielen bei dem Wirbel, der um ihre Fischfanggebiete entbrannt ist, ohnehin nur die Zuschauerrolle“ (Kopp 2007, 13). Anfang 2006 stellte der

kanadische Premier Stephen Harper den Arktisplan vor, der neben dem Ankauf von drei Eisbrechern auch den Bau eines Tiefseehafens in Nanisivik und die Errichtung einer Militärbasis in Resolute Bay vorsieht. Der Arktisplan könnte auf den ersten Blick für den kanadischen Kontext den Schluss zulassen, dass diese Behauptung zutrifft. Im Folgenden möchte dieser Beitrag vor allem die Frage diskutieren, inwieweit die lokale Bevölkerung Nunavuts an den Entscheidungen im Politikfeld Ressourcenpolitik auch wirklich beteiligt wird. Anders formuliert soll es darum gehen, ob die *Co-Management Boards* als konsultative Institutionen die Ansprüche deliberativer Demokratie erfüllen.

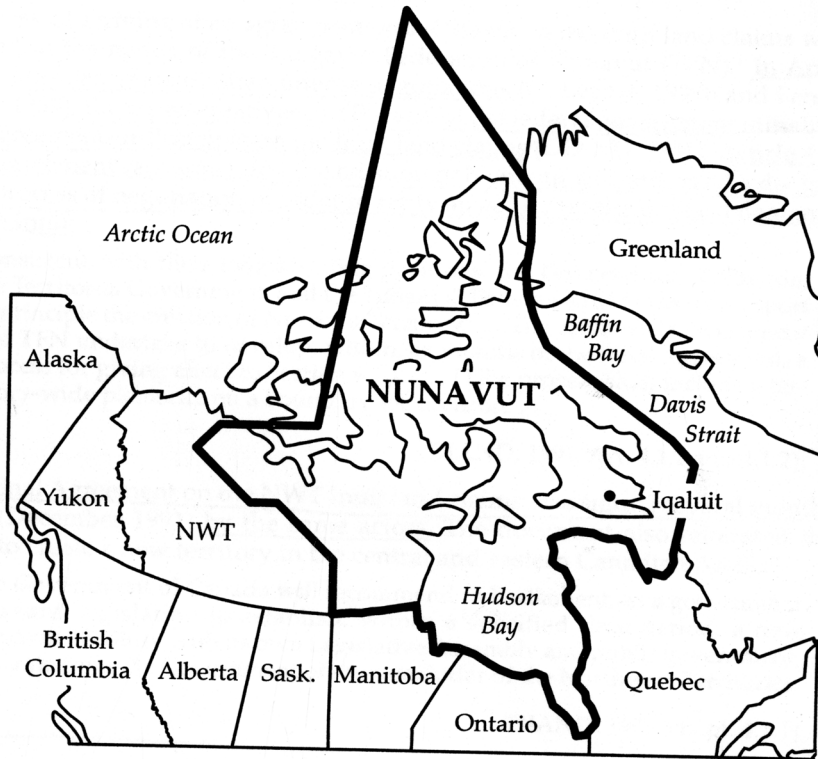
### **Deliberative Demokratie**

Die oben formulierte Fragestellung deutet an, worum es geht: Chancengleichheit unter allen Mitgliedern einer Gesellschaft, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen (im Fachjargon „*Deliberation*“ genannt). Dieser Ansatz versteht laut Benhabib (1995) Demokratie als „eine Organisationsform kollektiver und öffentlicher Machtausübung in den wichtigsten Institutionen einer Gesellschaft“ (Benhabib 1995, 4), die auf der Grundlage gleicher Beteiligungschancen an wichtigen Entscheidungen beruht. Das Gemeinwohl ergibt sich dieser Auffassung zufolge „aus einem rationalen und fair geführten Prozess der kollektiven Deliberation unter freien und gleichen Individuen [...]“ (Benhabib 1995, 9) Die Grundidee: Über Diskurse, in die alle Informationen eingebracht, geregelt ausgetauscht und kritisch überprüft werden, können Mitglieder aus zwei politischen Sphären – die der nicht-vermachten Öffentlichkeit (Zivilgesellschaft) und die der demokratisch legitimierten politischen Institutionen – gleichwertig am Prozess der politischen Willensbildung teilhaben (vgl. Habermas 1992a, 349 ff.). Für die Analyse der Frage, ob die lokale Bevölkerung in Nunavut tatsächlich in der Ressourcenpolitik nur die Zuschauerrolle spielt, eignet sich dieser Ansatz aufgrund der Betonung von Diskurs und Zivilgesellschaft besonders gut und soll daher im Folgenden angewandt werden.

### **Nunavut und die Ressourcenpolitik**

Mit dem im kanadischen Nordosten gelegenen Nunavut entstand nach Teilung der Northwest Territories am 1. April 1999 ein neues, eigenständiges Territorium der kanadischen Föderation. Dieses nimmt in der kanadischen politischen Ökonomie die Stellung eines „resource hinterland“ ein: Eine schwache wirtschaftliche Basis und die Abhängigkeit von Preisänderungen der Rohstoffe auf den Weltmärkten erschweren den Menschen in Nunavut eine nachhaltige Existenz (vgl. Bone 2003). Ohne föderale Subventionen könnten Probleme wie Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheiten nicht bekämpft werden (vgl. Borsdorf 2006). Die mit dem *Nunavut Land Claims Agreement* übertragenen Landeigentums- und Landnutzungsrechte – 352.240 km<sup>2</sup> grundbücherliche Eigentumstitel und exklusive Boden- und Schürfrechte für die territoriale Bevölkerung über weitere 36.000 km<sup>2</sup> – wecken angesichts

der erhöhten Nachfrage nach den Rohstoffen der Region daher die Hoffnung, dass neue Minen zu mehr Beschäftigung und Wohlstand in Nunavut führen.<sup>1</sup>



**Abb. 2:** Das Territorium Nunavut  
Quelle: Natural Resources Canada Website

Diesen neuen Licht- stehen jedoch auch Schattenseiten gegenüber: In Ermangelung einer eigenen Ressourcenförderungsgesellschaft ist man in dieser Angelegenheit von Investoren aus dem kanadischen Süden abhängig. Das ist problematisch: Da das Territorium nicht die Möglichkeit hat, Steuern einzuhoben, fließt der gesamte hier geschöpfte Mehrwert aus der Region ab, ohne zumindest teilweise sinnvoll reinvestiert werden zu können (vgl. Bone 2003). Aus diesem Grund steht zu befürch-

<sup>1</sup> Bei den grundbücherlichen Eigentumstiteln geht es zunächst einmal nur um die Landverteilung. Auf diesem an die Inuit übergebenen Land kann grundsätzlich alles entstehen, was föderalem und territorialem Recht nicht entgegensteht. Die exklusiven Boden- und Schürfrechte beziehen sich auf die Landnutzung, die in diesem Fall ausschließlich der Bevölkerung von Nunavut auf Land zukommen soll, das sich nicht exklusiv in deren Besitz befindet. Dieses Land befindet sich in den meisten Fällen in unmittelbarer Nähe der Siedlungen.

ten, dass sich nach der anfänglichen Euphorie über den bevorstehenden Beginn des Abbaus von Eisenerz auf der Baffin-Insel (vgl. *Die Presse* vom 17. Februar 2008) mittel- bis langfristig Ernüchterung in Nunavut breit machen wird. Mehr Chancen für die lokale Bevölkerung, sich an der Ressourcenpolitik zu beteiligen, wären auch ein politisches Korrektiv zur unterprivilegierten Stellung der Region.

Als Territorium der kanadischen Föderation besitzt Nunavut die für ein solches Gebilde typischen Rechte: Ein eigenes Schulwesen, eine eigene Gerichtsbarkeit und ein eigenes Regionalparlament, um nur einige zu nennen. Die Entscheidungshoheit über die Ressourcenpolitik liegt jedoch formal bei der kanadischen Föderation (beim Ministerium für den kanadischen Norden *DIAND*). Allerdings gibt es Institutionen, die an der politischen Willensbildung beratend beteiligt werden und sich, neben kanadischen Verwaltungsbeamten, aus Vertretern der Territorialregierung und solchen der Zivilgesellschaft zusammensetzen: die *Co-Management Boards* (vgl. White 2001). Stellt sich die Frage: Welchen Einfluss können diese Institutionen auf die Entscheidungen im Politikfeld Ressourcenpolitik nehmen?

### **Deliberative Empirie ...**

Aus deliberativer Perspektive betrachtet lässt ein erster Blick auf die *Co-Management Boards* den Schluss zu, dass es sich hierbei um Institutionen handelt, die keiner der Regierungsebenen im kanadischen föderalen System eindeutig zuzuordnen sind. Bestehend aus VertreterInnen der föderalen, territorialen und zivilgesellschaftlichen Sphären konstituieren sie neue Formen demokratischer Öffentlichkeit, in denen die zentralen Akteure ihre Anliegen und Interessen einbringen, austauschen und reflektieren können. Allerdings haben Empfehlungen als Produkte dieses Diskurses formal keinen bindenden Charakter für die Regierung in Ottawa. Wie White (2001) herausstellt, hat die politische Praxis gezeigt, dass die Anregungen der *Co-Management Boards* bisher in der Regel ernst genommen wurden. Der Einfluss dieser Institutionen auf die Entscheidungen in der Ressourcenpolitik kann also nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen als signifikant bezeichnet werden. Aber: Bedeutet das automatisch, dass die lokale Bevölkerung in Nunavut an der Willensbildung auch wirklich partizipieren kann, oder spielt sie doch nur die Zuschauerrolle?

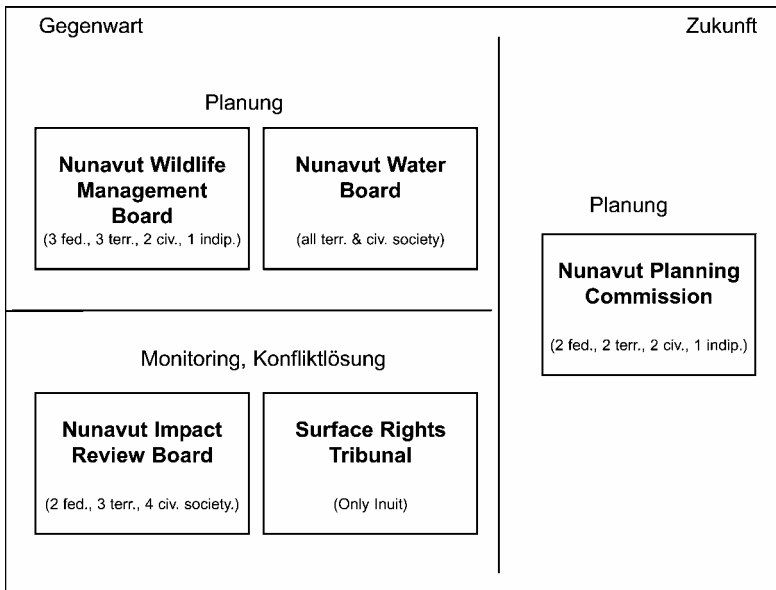
Um die Mitbestimmungskraft der lokalen Bevölkerung im Diskurs deutlicher vor Augen zu haben, muss ein kritischer Blick der Zusammensetzung dieser Institutionen gelten. In Aufgaben und politischer Komposition finden sich deutliche Unterschiede zwischen diesen Gremien:

- Die *Nunavut Planning Commission* hat konsultative Mitspracherechte bei der Planung von Projekten im kanadischen Norden und setzt sich zu gleichen Teilen aus kanadischen Verwaltungsbeamten, Entsandten der Territorialregierung und VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammen.
- Das *Impact Review Board*, als solches vornehmlich mit der Umweltverträglichkeit von Rohstoffprojekten in Nunavut betraut, setzt bei seiner Beschickung auf eine

andere Verteilung: Vier Mitglieder werden von der föderalen Regierung auf Vorschlag der Inuit-Organisationen (Zivilgesellschaft) ernannt, zwei von der Föderation und de facto drei von der Territorialexekutive.

- Das *Nunavut Water Board* überwacht die Nutzung und Regulation von Binnengewässern in Nunavut. Sein vorrangiges Ziel besteht in der nachhaltigen Erhaltung und Nutzung von Trinkwasser im nordöstlichsten kanadischen Territorium. Es setzt sich gänzlich aus Einwohnern von Nunavut zusammen und arbeitet in umwelt- und ressourcenpolitischen Angelegenheiten eng mit den anderen *Co-Management Boards* zusammen. Als Testfall für diese Kooperation kann der am 30. April 2002 im kanadischen Parlament verabschiedete *Nunavut Waters and Nunavut Surface Rights Tribunal Act* gelten, der die Aufgabenbereiche der beiden *Co-Management Boards* für die Übergangsperiode eindeutiger festgelegt hat.
- An das bereits angesprochene *Surface Rights Tribunal* wenden sich alle territorialen und föderalen Institutionen, wenn eine Frage hinsichtlich von Schürfrechten in Nunavut der Schlichtung zwischen zwei Parteien bedarf. Diese Institution ist somit gleichzeitig Schiedsgericht und Konsultationsorgan in bodenrechtlichen Belangen. Es setzt sich vornehmlich aus Inuit zusammen.
- Den eindrucksvollsten Beweis für die Verflechtung föderaler und territorialer Interessen liefert jedoch das *Nunavut Wildlife Management Board*. Als konsultatives Instrument für die Regelung von Jagd- und Fischereirechten in Nunavut installiert, beziehen seine Mitglieder ihre Legitimation von unterschiedlichen Ebenen des kanadischen föderalen Systems: Auf territorialer Seite werden drei Personen von Organisationen der regionalen Zivilgesellschaft ernannt, jeweils eine weitere von Nunavuts Emanzipationsbewegung *Nunavut Tunngavik Inc.* und von der Territorialverwaltung. Auf föderaler Seite ist die Institution mit dem Ministerium für den kanadischen Norden, dem Fischereiministerium und dem Umweltministerium personell verknüpft. Ein unabhängiger Vorsitzender wird von den Mitgliedern des *Co-Management Boards* selbst ernannt. Aufgrund dieser Konstellation gilt diese Institution als Musterbeispiel für Politikverflechtung im Politikfeld Umweltpolitik.

Am Gesamtbild ändern die Unterschiede in der Bestellung dieser Institutionen allerdings wenig: VertreterInnen der regionalen Bevölkerung und Zivilgesellschaft sind in diesen Institutionen augenscheinlich stark vertreten.



**Abb. 3:** Aufgaben und zeitliche Ausrichtung von Nunavuts *Co-Management Boards*

Quelle: Eigene Darstellung

### ... post-deliberative Praxis?

Wird die Notwendigkeit gleicher Beteiligungschancen für die gesamte Bevölkerung zum Maßstab der demokratischen Legitimität von politischer Partizipation in Nunavut erhoben, tauchen erste Zweifel auf. *Co-Management Boards* wollen die Zivilgesellschaft einbinden, jedoch: Von welcher Zivilgesellschaft wird gesprochen? Zwar sind Inuit-Organisationen Teil dieser „nicht-vermachteten Öffentlichkeit“, doch haben weder Nunavuts Nicht-Inuit noch jene Inuit, die sich im Dissens mit ihrer zivilgesellschaftlichen Elite befinden, eine Stimme. Zudem ist die zu verzeichnende Verflochtenheit der Inuit-Organisationen mit der Territorialverwaltung ein Indiz dafür, dass sich bei der Willensbildung in und mit den *Boards* noch keine Chancengleichheit eingestellt hat.

Auch die Verteilung von *Co-Management Boards* Positionen zwischen Männern und Frauen kann nicht als zufrieden stellend bezeichnet werden. Der traditionell auf dem Prinzip der Gleichberechtigung beruhenden Inuit-Gemeinschaft wurde über die letzten Jahrhunderte hinweg die patriarchale Logik der Teilung von Geschlechterrollen vorgelebt, was dazu geführt hat, dass sie sich immer stärker an diesen Mustern orientiert hat: „(...) Inuit society was influenced by the dominant white society. Inuit interacted with white men in positions like missionaries, whalers, shipmen, and Royal Canadian Mounted Police (RCMP). Inuit viewed them as leaders. This is the model that was introduced into all the Arctic community“ (Minor 2002:

79). Die Konsequenz: Die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, sich an der Willensbildung dieser Institutionen zu beteiligen, wird lediglich im Fall des *Nunavut Surface Rights Tribunal* annähernd erreicht, wo drei männlichen zwei weibliche Mitglieder gegenüberstehen. Auf allen übrigen *Boards* finden wir jeweils nur eine Frau vor.<sup>2</sup>

Kritisch lässt sich zudem anmerken, dass die einbezogene Zivilgesellschaft vornehmlich aus Organisationen besteht, die entlang einer einzigen – „kulturellen“ – Konfliktlinie strukturiert sind. Daraus ergeben sich tiefer liegende Probleme, denn laut Benhabib (1999) ist es gar nicht Aufgabe des Staates, der Gesetzgebung oder deliberativer Politik, „in den Individuen ein Gefühl für die weihevoll Unantastbarkeit der Kultur zu verankern“ (Benhabib 1999, 68). Warum also werden die „Anderen“ und „Andersdenkenden“ nicht einbezogen?

Auf Entkräftung kann diese Kritik aufgrund der speziellen Struktur demokratischer Öffentlichkeit und des Diskurses vor Ort hoffen: Die Veröffentlichung aller Sitzungsprotokolle in Inuktitut und Englisch ermöglicht es allen Bürgerinnen und Bürgern Nunavuts, bei Bedarf über die Aktivitäten dieser Institutionen im Bilde zu sein. Das hat zur Folge, dass es zu einer breiten Berichterstattung in den lokalen Medien kommt. Der sich vornehmlich „an Interessen orientierende Diskurs in den *Co-Management Boards*“ (vgl. White 2003) verhindert die selbst-referentielle, vertiefende Konstruktion einer ethnisch geteilten Öffentlichkeit.

#### **Fazit: Partizipation „aus Gönner-Hand“**

Resümierend lässt sich festhalten, dass Nunavuts lokale Bevölkerung keineswegs in die Zuschauerrolle gedrängt wird: Die durch die *Co-Management Boards* garantierte, beratende Teilhabe am ressourcenpolitischen Willensbildungsprozess ermöglicht es sowohl der Territorialregierung als auch Teilen der regionalen Zivilgesellschaft, mit der formal zuständigen Regierung in Ottawa in einen Diskurs zu treten. Hier können territoriale Interessen geregelt eingebracht, ausgetauscht und kritisch reflektiert werden. VertreterInnen von regionaler Verwaltung und Zivilgesellschaft stellen in diesen Institutionen zahlenmäßig die Mehrheit. Die interessen geleitete Form des Diskurses und seine Publizität garantieren für die ungeteilte mediale Einbindung der Bevölkerung. Auch die niedrige Frauenquote in *Board*-Positionen kann langfristig ein temporäres Phänomen sein, wenn es der Territorialregierung gelingt,

---

<sup>2</sup> Allerdings muss angemerkt werden, dass auch in Europa gleiche Beteiligungschancen für die gesamte Bevölkerung noch nicht erreicht werden konnten. Auch in europäischen Demokratien dominiert noch die patriarchale Logik der Aufteilung von Geschlechterrollen. Ein Blick auf das Europäische Parlament bestätigt etwa, dass das Bestreben nach Gleichberechtigung sich in dessen Zusammensetzung noch nicht widerspiegelt. Zwar ist diese Institution in der Vergangenheit schrittweise "weiblicher" geworden. Jedoch halten wir in der laufenden Wahlperiode bei einer Frauenquote von 30%. „Von den 99 deutschen Abgeordneten sind derzeit 31 weiblichen Geschlechts (ca. 31%).“ Vgl. dazu: Homepage des Europäischen Parlaments, deutschsprachige Version: [http://www.europarl.de/parlament/abgeordnete/frauen\\_im\\_ep.html](http://www.europarl.de/parlament/abgeordnete/frauen_im_ep.html), (6.4.2008)



durch gezielte Bildungsprogramme die (importierten) Rollenbilder abzubauen. Insgesamt bleibt jedoch abzuwarten, ob die kanadische Regierung angesichts des globalen Rohstoffhungers nicht doch eines Tages den freiwilligen Rollenverzicht in diesem Politikfeld aufkündigt und somit stärker ihren Part als „Veto-Spieler“ ausfüllt.

### Literaturverzeichnis

- Benedikter, Thomas, 2007, *Autonomien der Welt. Eine Einführung in die Regionalautonomien der Welt mit vergleichender Analyse*, Bolzano/Bozen: Athesia.
- Benhabib, Seyla, 1999, *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt a. M.: Fischer.
- , 1995, „Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität“, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 43(1), 3-29.
- Benz, Arthur, 2004, „Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“, in: ders. (Hg.), *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-28.
- Bone, Robert M., 2003, *The Geography of the Canadian North. Issues and Challenges*, 2<sup>nd</sup> edition, Toronto: Oxford University Press.
- Borsdorf, Falk F., 2006, „Indigenous Rights Recognition in Federal Systems – Nunavut: the ‘good news’-case?“, auf: *Homepage der Österreichisch-Kanadischen Gesellschaft*: <<http://www.austria-canada.com>>, (29.11.2007).
- Dyck, Rand, 2004, *Canadian Politics: Critical Approaches*, Scarborough: Nelson.
- Fischer, Frank, 2003, *Reframing Public Policy: Discursive Politics and Deliberative Practices*, New York: Oxford University Press.
- Gesellschaft für bedrohte Völker, 2006, *Die Arktis schmilzt und wird geplündert. Indigene Völker leiden unter Klimawandel und Rohstoffabbau*, Menschenrechtsreport Nr. 44, Göttingen: GfbV.
- Habermas, Jürgen, 1992a, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- , 1992b, „Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik“, in: Münkler, Herfried (Hg.), *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*, München: Pieper, 11-24.
- Hicks, Jack/Graham White, 2000, „Nunavut: Inuit Self-Determination through a Land Claim and Public Government?“, in: Jens Dahl/Jack Hicks/Peter Jull (eds.), *Nunavut: Inuit Regain Control of their lands and their lives*, Copenhagen.
- Kopp, Dominique, 2007, „Kalter Krieg unter dem Packeis“, in: *Le Monde Diplomatique* (deutsche Version), 09/2007, 12-13.
- Ladner, Kiera, 2003, „Treaty Federalism: An Indigenous Vision of Canadian Federalisms“, in: Francois Rocher/Miriam Smith (eds.), *New Trends in Canadian Federalism*, 2<sup>nd</sup> edition, Peterborough: Broadview Press, 167-191.
- Le Monde Diplomatique (Hg.), 2006, *Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt*, Berlin: taz Verlag.
- Légaré, André, 2003, „The Nunavut Tungavik Inc.: An Examination of its Mode of Operation and its Activities“, in: Robert B. Anderson/Robert M. Bone (eds.), *Natural Resources and Aboriginal People in Canada. Readings, Cases and Commentary*, Concord: Captus Press, 117-137.
- Lösch, Bettina, 2005, *Deliberative Politik: Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Minor, Tina, 2002, „Political Participation of Inuit women in the Government of Nunavut“, in: *Wicazo Sa Review* 17(1), 65-90.

- Rahmstorf, Stefan/Hans Joachim Schellnhuber 2007, *Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie*, 5. aktual. Aufl., München: Beck.
- Rawls, John, 2007, *Gerechtigkeit als Fairness. Ein Neuentwurf*, 2. Auflage, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schneider, Volker/Frank Janning, 2006, *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Sturm, Roland/Petra Zimmermann-Steinhart, 2005, *Föderalismus. Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos.
- Tsebelis, George, 2002, *Veto Players: How Political Institutions Work*, New York: Sage.
- Vauteck, Benjamin, 2004, „Transdifferenz als Dissens in der Differenz: Das Beispiel von Dissentern in kanadischen Ureinwohnergruppen“, in: Lars Allolio-Näcke/Britta Kalscheuer/Arne Manzeschke (Hg.), *Differenzen anders denken: Bausteine zu einer Kulturtheorie der Transdifferenz*, Frankfurt a. M.: Campus, 104-117.
- White, Graham, 2002, „Treaty Federalism in Northern Canada: Aboriginal-Government Land Claims Boards“, in: *Publius*, 32 (3), 89-114.
- , 2001, „And now for something completely Northern: Institutions of Governance in the Territorial North“, in: *Journal of Canadian Studies*, 35(4), 80-99.
- Winkelmann, Ingo, 2007, „Wem gehört die Arktis?“, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hg.), *SWP-Aktuell 56* (November 2007), Berlin.

#### Zeitungsartikel:

- „Gold rush under the ice“, in: *The Economist*, 3. August 2007.
- „Auf Patrouille durch die Arktis-Wüste“, in: *Die Presse*, 28. September 2007.
- „Arktisches Eisenerz für die Voestalpine“, in: *Die Presse*, 17. Februar 2008.

#### Internetquellen:

- Natural Resources Canada: <<http://www.nrcan.gc.ca/com/index-eng.php>>, (3.3.2008).
- Government of Nunavut: <<http://www.gov.nu.ca/english/>>, (3.3.2008).
- Nunavut Wildlife Management Board: <<http://www.nwmb.com/english/>>, (3.3.2008).
- Nunavut Water Board: <<http://www.nunavutwaterboard.org/en/home>>, (3.3.2008).
- Nunavut Impact Review Board: <<http://nirb.nunavut.ca/>>, (3.3.2008).
- Nunavut Surface Rights Tribunal: <<http://www.nunanet.com/~nsrt/>>, (3.3.2008).
- Nunavut Planning Commission: <<http://npc.nunavut.ca/eng/npc/index.html>>, (3.3.2008).
- EU-Parlament: <[http://www.europarl.de/parlament/abgeordnete/frauen\\_im\\_ep.html](http://www.europarl.de/parlament/abgeordnete/frauen_im_ep.html)>, (6.4.2008).